

Gast muss im Dunkeln reden

FINANZMISERE Das Geld der öffentlichen Hand wird immer knapper. Der Chef der SPD im Landtag erläutert im Amt Gnoiën die Strategie der Regierung.

VON EBERHARD ROGMANN

ALTKALEN. Sein Auftritt vor dem Amtsausschuss Gnoiën in Altkalen dürfte Norbert Nieszery, Fraktionschef der SPD im Landtag, in Erinnerung bleiben. Kaum dass er zu reden begonnen hatte, wurde ihm das Licht abgedreht, versank die Versammlung im Dunkel. Der Politiker verstand die Geste, sprach er doch zum Reizthema Nummer eins dieser Tage: die künftige Finanzausstattung der Gemein-

den. Die einhellige Meinung im Auditorium ist klar. Wenn der Landtag das Gesetz in der vorliegenden Form verabschiedet, gehen auf dem flachen Land die Lichter bald völlig aus.

Birger Ziegler, Bürgermeister von Behren-Lübchin, mahnte deshalb eindringlich Korrekturen an. Er zeigte auf, dass seit Jahren viele Finanzprobleme von oben nach unten durchgereicht werden und bei den Gemeinden landen. Als Beispiel führte er die Hartz IV-Regelungen an, die letztlich den Landkreis in die Schuldenfalle trieben. Das habe den Gemeinden ständig wachsende Kreisumlagen beschert. Mit der anstehenden Mittelkürzung würden die Gemeindehaushalte gleichfalls stark aus dem Gleichgewicht geraten, die letzten Rücklagen schwänden. Nachdem die Arbeitnehmer geschöpft sind – viele können derzeit vom Einkommen ihrer Tätig-

keit nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten – werde nun zum Angriff auf den Mittelstand geblasen. „Wenn wir künftig die Grund- und Gewerbesteuern erhöhen müssen, zahlen alle diejenigen die Zeche, die noch irgendwie Eigentum haben“, machte Ziegler die Richtung der eingeschlagenen Politik deutlich.

Die Argumentation ist Nieszery, der selbst in einem 200-Seelen-Dorf lebt und auch ein Kreisratsmandat hat, bekannt. Doch den Vorwurf, das Land würde sich auf Kosten der Kommunen gesund sparen, weist er als unzutreffend zurück. Der knallharte Fakt sei, dass in den kommenden Jahren mit Auslaufen des Solidarpaktes eine Milliarde Euro entfallen, ein Siebentel des Landesetats. Darauf müsse man sich

einstellen. Die politische Strategie Schwerins lautet dabei: Zentren stärken. Durch die Krise sei dieses Strukturproblem erheblich verschärft worden, räumt Nieszery ein. Hier wolle man aber Extreme abfedern.

Die Skepsis im Amtsausschuss konnte er damit nicht aufweichen. Arne Schmiedeberg aus Gnoiën und Rüdiger Handrick (Wasdow) wiesen darauf hin, dass auf diesem Weg, der die Kommunen in die Handlungsunfähigkeit treibt, die Grundlagen der Demokratie unterminiert werden. Die derzeitige Politik sei den Bürgern nicht zu vermitteln. „Ich weiß ja, die kleinen Gemeinden sollen weg, aber nicht auf diese Weise“, meldete Handrick Protest an.

„Ich weiß, die kleinen Gemeinden sollen weg, aber nicht auf diese Weise.“

SIEHE ANGEMERKT